

18.4.2005

Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Bernhard von Grünberg, MdL, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt:

1. Beratung des Haushalts
2. Örtliche Schwerpunkte für Handlungskonzepte sollen bei der Auswertung der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen deutlicher herausgestellt werden
3. Kommunale Gesundheitsberichtserstattung soll in Bonn eingeführt werden
4. Liegenschaftskonzept für die Bereiche Sozialamt/Ausländeramt
5. Nachbarschaften stärken - Verbesserung der Kooperation in den Stadtteilen
6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen
7. SPD- Fraktion im Rat der Stadt Bonn verleiht wieder die "Sebastian-Dani-Medaille" für "unbürokratische Hilfe"
8. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
9. Arme gehen seltener zum Arzt - Verbände und Selbsthilfegruppen fordern, Sozialhilfeempfängern die Praxisgebühr zu erlassen
10. Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen
11. Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstelle Bonn/Rhein-Sieg (KoKoBe)
12. "Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW 2.0"
13. Hinweise und Links
14. Termin: 3.5.05 Stadthausgespräch der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

1. Beratung des Haushalts 2005

Die Beratung des Haushalts steht zusammen mit der Beratung über die Finanzplanung 2006 bis 2008 und über das Investitionsprogramm 2006 bis 2009 im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 19. April.

Trotz der teilweise schmerzhaften Kürzungen, die aufgrund der schwierigen Haushaltssituation nicht zu vermeiden sind, kann das soziale Netz in Bonn doch insgesamt erhalten bleiben. So wird, wie schon in der letzten Sitzung des Rates

beschlossen, der Bonn-Ausweis erhalten bleiben.

Die Verwaltung hat bereits im Vorfeld der Haushaltsanmeldungen mit Trägern und Anbietern von Maßnahmen Gespräche geführt mit dem Ziel, möglichst große Einschnitte ins soziale Netz zu vermeiden und alle unbedingt erforderlichen Angebote aufrecht zu erhalten.

Beschlussvorlage der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510519NV5.htm

- **Eine Bürgerbroschüre informiert über das städtisches Haushaltsgeschehen**

In übersichtlicher Form stellt die neue Bürgerbroschüre, die an allen Informationsstellen der Stadt Bonn kostenlos ausliegt, die städtische Finanzwirtschaft dar. Auf 22 Seiten werden unter anderem Fragen zur Höhe des Haushaltsvolumens, der Herkunft des Geldes und sein Einsatz für vielfältige Zwecke beantwortet.

Auch im Internet haben die Bonnerinnen und Bonner die Chance, sich umfassend zu informieren. Unter

http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/buergerhaushalt/02193/index.html?lang=de können sie sich den kompletten Haushalt und die Bürgerbroschüre downloaden.

2. Örtliche Schwerpunkte für Handlungskonzepte sollen bei der Auswertung der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen deutlicher herausgestellt werden

Die SPD-Fraktion setzt sich in ihrem Antrag dafür ein, dass die jährlichen Berichte über die Schuleingangsuntersuchungen so ausgewertet und dargestellt werden, dass ersichtlich wird, wo ein dringender Bedarf für Maßnahmen besteht, damit genau dort mit entsprechenden Konzepten Fehlentwicklungen rechtzeitig verhindert werden können. Handlungskonzepte sollen gemeinsam Ämter übergreifend von Gesundheits-, Jugend-, Sozial- und Schulamt entwickelt werden.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510727.htm

Stellungnahme der Verwaltung unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510727ST2.htm

3. Kommunale Gesundheitsberichtserstattung soll in Bonn eingeführt werden

Die Einführung einer kommunalen Gesundheitsberichtserstattung für Bonn ist eine der Forderungen, die die SPD-Fraktion in ihrem Wahlprogramm für diese Ratsperiode aufgestellt hat.

Die Gesundheitsberichtserstattung soll die Grundlage für die Formulierung von Gesundheitszielen und für die Entwicklung von gesundheitspolitischen Prioritäten bilden, eine bessere gesundheitliche Versorgung und Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen, Defizite aufdecken und Handlungskonzepte für präventive Maßnahmen darstellen.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510728.htm

Stellungnahme der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510728ST2.htm

4. Liegenschaftskonzept für die Bereiche Sozialamt/Ausländeramt

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung, ein Konzept für die Bereiche des Sozialamtes und die Unterbringung des Ausländeramtes vorzulegen. Durch die Umorganisation des Amtes und die Abgabe ganzer Bereiche an die Arge ergibt sich aus Sicht der SPD auch eine neue Konzeption für die Räumlichkeiten.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510786.htm

Stellungnahme der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510786ST2.htm

5. Nachbarschaften stärken - Verbesserung der Kooperation in den Stadtteilen

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag "Nachbarschaften stärken - Kooperation ermöglichen" vorgelegt. In Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ist eine starke und funktionierende Nachbarschaft wichtig. Es geht darum, diese zu stärken und zu unterstützen. Beratungs- und Hilfsangebote, die vielfach schon da sind, müssen vor Ort koordiniert werden, um Ressourcen zu sparen und effektiver zu arbeiten. Auch das beste bürgerschaftliche Engagement braucht Ansprechpartner. Vieles ist schon vorhanden, es muss nur gebündelt werden. Daher fordert die SPD-Fraktion, die Verwaltung auf, ein Programm zur Stärkung und Kooperation von Nachbarschaften zu entwickeln.

Antrag unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510641.htm

Stellungnahme der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510641ST2.htm

In diese Richtung geht auch der Antrag der SPD-Fraktion, dass im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes" die Wohnviertel entlang der Siemensstraße saniert werden. Dabei soll es nicht nur um eine bauliche Aufwertung gehen, sondern auch um Verbesserungen im Wohnumfeld und bei den Beratungs- und Betreuungsangeboten. Ein entsprechender Antrag verabschiedete die Fraktion am 4. April 05.

Zu den Anträgen der SPD-Fraktion sind zusätzliche Informationen zu finden über das Handlungsprogramm "Soziale Stadt NRW" des Landes unter:

www.soziale-stadt.nrw.de

6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Der Sozialausschuss tagt am 19. April 2005 um 17.00 Uhr im Ratssaal des Stadthauses.

Die Tagesordnung der Sitzung ist zu finden unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0511010TO.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0511010TO2.htm

7. SPD- Fraktion im Rat der Stadt Bonn verleiht wieder die "Sebastian-Dani-Medaille" für "unbürokratische Hilfe" - Vorschläge jetzt einreichen.

Wie 2004 wird auch in diesem Jahr die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn in Erinnerung an den legendären Stadtdirektor der Nachkriegszeit Sebastian Dani die "Sebastian-Dani-Medaille" verleihen.

"Wir müssen helfen und nicht Akten anlegen". Dies war ein häufiges Zitat von Sebastian Dani und das Motto seiner Arbeit in den 18 Jahren seiner Amtszeit als Stadtdirektor von 1946 bis 1964, dem er sich immer verpflichtet gefühlt hat. Im Krieg von den Nazis verfolgt, war er nach dem Krieg und in den Jahren des Wiederaufbaus für den gesamten Sozialbereich verantwortlich.

Getreu seinem Motto wird die Medaille jährlich am 7. Juli, dem Todestag von Sebastian Dani, für "unbürokratische Hilfe" verliehen.

Im vergangenen Jahr erhielt die erste Medaille das Ehepaar Heike und Erwin Josef Thiebes für "unbürokratische Hilfeleistung".

Vorgeschlagen werden können Einzelpersonen, aber auch Gruppen oder Initiativen.

Eine unabhängige Jury wird aus den Vorschlägen auswählen.

Zur Jury gehören:

- Heinz Dani, als Vertreter der Familie Dani
- Ulrich Hamacher, Geschäftsführer des Diakonischen Werks
- Else Heinen, Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Bonn

- Else Rieser, Kreisvorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.
- Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Die Vorschläge sollen bis zum 1. Juni 2005 an die SPD Fraktion, zu Händen des Fraktionsvorsitzenden Wilfried Klein, per e-mail, Fax oder Brief geschickt werden.

Informationen im Internet unter: <http://www.spd-bonn-im-rat.de>

8. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Der Anteil der von einem Armutsrisiko Betroffenen an der Gesamtbevölkerung stieg von 12,1 % in 1998 auf 13,5 % in 2003. Es handelt sich hierbei um einen "relativen Armutsbegriff". Als Grundlage dient der Mittelwert aller Netto-Haushaltseinkommen, den die EU-Länder als Gradmesser für relative Armut vereinbart haben. Wer weniger als 60 % dieses Mittelwerts zur Verfügung hat, trägt ein Armutsrisiko.

Für einen Einpersonenhaushalt liegt die Armutsgrenze bei 938 Euro Nettoeinkommen monatlich, für einen Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 1970 Euro.

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Die unterste Hälfte der Bevölkerung besitzt nur 4 % des Nettovermögens (ohne Betriebsvermögen), die obersten 10 % verfügen über 47 % des Nettovermögens.

Mehr zum Thema:

http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/p_19.php

9. Arme gehen seltener zum Arzt - Verbände und Selbsthilfegruppen fordern, Sozialhilfeempfängern die Praxisgebühr zu erlassen

Die **Nationale Armutskonferenz** (nak) fordert, Sozialhilfeempfänger von der Praxisgebühr und der Kostenbeteiligung für Medikamente auszunehmen. Erkrankungen werden verschleppt und damit schneller zu chronischen Erkrankungen, Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen kaum noch wahrgenommen. Bei Kindern bestehe die Gefahr, dass sie unter Folgeschäden unbehandelter Krankheiten leiden müssten. Neben den Zuzahlungskosten sei mangelnde Information ein Problem für Sozialhilfeempfänger. Viele wüssten nicht, dass die medizinische Behandlung für Kinder unter zwölf kostenlos ist. Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfegruppen und Gewerkschaften.

Mehr zum Thema:

www.nationale-armutskonferenz.de

10. Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen

Der Entwurf der Pflegecharta, wie sie der **Runde Tisch im Deutschen Zentrum für Altersfragen** unter Beteiligung aller an der Pflege beteiligten Berufe und Interessensgruppen seit September 2003 erarbeitet hat, liegt jetzt vor und wird von Betroffenen, Trägerorganisationen, Wohlfahrtsverbänden u.a. diskutiert. Die Charta soll die bestehenden Rechte von Pflegebedürftigen konkretisieren und als Richtschnur für Pflege, Betreuung und Behandlung dienen.

Die Charta besteht aus 8 Artikeln:

1. Menschenwürde und Selbstbestimmung
2. Körperliche und seelische Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit
3. Pflege, Betreuung und Behandlung
4. Privatheit
5. Information, Beratung und Schulung
6. Kommunikation, Persönliche Zuwendung und Teilhabe an der Gesellschaft
7. Religion, Kultur und Weltanschauung

8. Palliative Begleitung, Sterben und Tod

Mehr zum Thema:

www.dza.de (links zu Politikberatung, Runder Tisch Pflege)

11. Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstelle Bonn/Rhein-Sieg (KoKoBe)

Vom Landschaftsverband initiiert wurde dieses neue **Netzwerk für Menschen mit Behinderung**. Angesiedelt ist es beim Diakonischen Werk Bonn.

Elf Träger der Behindertenhilfe haben sich im Netzwerk zusammengeschlossen. Die Beratung richtet sich hauptsächlich an Menschen mit geistiger Behinderung, ihre Angehörigen und Bezugspersonen. Ein Angebot dieser Art fehlte bisher.

Menschen mit geistiger Behinderung soll ermöglicht werden, ihr Leben so selbstbestimmt wie möglich zu führen. Dazu gehört auch, in einer eigenen Wohnung mit entsprechender Betreuung zu leben.

Die Koordinierungsstelle wird das Hilfs- und Unterstützungsangebot in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis bündeln.

Kontakt:

Koordinierungs-, Kontakt- und Betreuungsstelle, Diakonisches Werk Bonn,
53113 Bonn Kaiserstraße 125

Koordinatorin Frau Inge Dabringhausen

www.diakonie-bonn.de

kontakte@dw-bonn.de

12. "Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW 2.0"

Mit einem Zehn-Punkte-Programm für Qualität und Wachstum in der Gesundheitswirtschaft will die Landesregierung die medizinische Versorgung weiter verbessern und gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. In den nächsten 10 Jahren könnten so 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sagte Ministerpräsident Peer Steinbrück bei der Vorstellung des Masterplans 2.0 in Düsseldorf.

Neben zehn Leitprojekten, die in die Version 2.0 des Masterplans Gesundheitswirtschaft NRW aufgenommen wurden, werden drei regionale Initiativen beschrieben in Ostwestfalen-Lippe, dem Ruhrgebiet und der **Region Bonn**. Seit dem Herbst 2004 haben sich mehr als 1.000 Fachleute sowie in der Gesundheitswirtschaft maßgebliche Institutionen und Organisationen an diesem Prozess beteiligt.

Mehr zum Thema:

<http://www.gesundheitswirtschaft.nrw.de>

13. Hinweise und Links

• "innovatio - Sozialpreis 2005 für caritatives und diakonisches Handeln"

Der Sozialpreis zeichnet wegweisende Projekte, die zeigen wie man Menschen in Not helfen kann, aus. Bewerben können sich Träger oder kleinere Initiativen. Der Hauptpreis ist mit 13 000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 30. Juni 2005.

Weitere Informationen unter:

www.innovatio-sozialpreis.de

Tel. 0561/7881483

• Integrationsräte nehmen Arbeit auf

In rund 60 Städten in NRW löst ein Integrationsrat den bisherigen Ausländerbeirat ab. Über die ersten Erfahrungen, Schwierigkeiten oder bessere Arbeitsmethoden in den Integrationsbeiräten gibt es Berichte unter:

www.laga-nrw.de

- **Zusatzjobs**

In NRW sind seit September 2004 rund 11.000 Zusatzjobs geschaffen worden. Sie sollen so angelegt sein, dass sie für Langzeitarbeitslose tatsächlich zu einer Chance für einen neuen Arbeitsplatz werden. Die Landesregierung hat ein begleitendes Programm **"Job plus"** aufgestellt, das mit 40 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfond gefördert wird.

Mehr Infos unter: www.mwa.nrw.de

- **Barrierefrei leben**

Seit Juni 2004 gibt es in NRW eine Landesbeauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Sie berät die Landesregierung in allen Belangen von Menschen mit Behinderungen und wird bei Gesetzesvorlagen angehört, die behinderte Menschen betreffen. Das Amt ist im Behindertengleichstellungsgesetz des Landes festgeschrieben. Kontakt und weitere Informationen unter:

www.leben-mit-behinderungen.nrw.de

- **Neues Stiftungsgesetz NRW**

Durch das neue Gesetz ist das Entstehen einer neuen Stiftung transparenter und einfacher zu gestalten. Stiftungen des bürgerlichen Rechts können für jeden gemeinwohlkonformen Zweck errichtet werden.

Genauere Informationen zum Thema:

www.netzwerk.de/buergerstiftung_einstieg.htm

<http://www.im.nrw.de/stiftungsverzeichnis/suche.jsp>

www.stiftungen.org

www.stiftungsrecht-aktuell.de

- **Netzwerk Verbraucherschutz**

Das "Netzwerk Verbraucherschutz" will Fachleute und Aktivitäten vor Ort besser vernetzen, Diskussionsforum für lokale, bundesweite und internationale Verbraucherthemen sein, eine Plattform bieten für den verbraucherpolitischen Diskurs mit Anbietern, Verbraucherinstitutionen vorstellen und anderes mehr.

Mehr zum Thema:

conseco-consult@t-online.de; Fax 0228/622109

- **Selbsthilfetag am 11. Juni 2005 auf dem Münsterplatz in Bonn**

Schon seit Jahren stellen sich an diesem Tag Selbsthilfegruppen aus Bonn und der Region auf dem Münsterplatz vor. An Infoständen erhält man einen Überblick über die vorhandenen Gruppen, erste Informationen über Arbeitsweise, Termine und dgl.

Anmeldung bis zum 30. April 2005 bei:

sekis - Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle Lotharstr. 95 53115 Bonn

Tel. 0228/9145917

www.sekis-bonn@paritaet-nrw.org

- **Herz von "Felix"**

Bernhard von Grünberg, MdL, möchte Menschen auszeichnen, die ein Herz für andere zeigen, zum Beispiel indem sie jahrelang Angehörige pflegen, oder für ihre Nachbarschaft da sind, ohne dass dieses Engagement gewürdigt wird. Er würde sich freuen, wenn ihm Adressen von Menschen genannt werden, die sich für Mitmenschen engagiert haben. Von Grünberg möchte diesen Menschen eine Auszeichnung verleihen: ein kleines rotes Herz

mit einer Urkunde und der Erwähnung auf seiner Homepage.

Vorschläge an: Bernhard von Grünberg, MdL, Wahlkreisbüro, Berliner Freiheit 36, 53111 Bonn, e-mail: bernhard@von-gruenberg.de

14. Termin

Stadthausgespräch der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn am 3.5.05 zur Seniorenwirtschaft - "Wenn die Alten jünger werden" - Die Entdeckung einer "neuen" Zielgruppe

Mit dem Thema Seniorenwirtschaft will die SPD-Fraktion in Bonn und der Region - nach der erfolgreichen internationalen Konferenz zur Seniorenwirtschaft im Februar 2005 - Anstoß geben, sich mehr um die "neue" Generation der Älteren und deren Bedürfnisse zu kümmern.

Die heutige Generation der Älteren ist im Schnitt gesünder, mobiler, qualifizierter und kaufkräftiger als ihre Vorgänger-Generationen. Das heißt, viele Bereiche in Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Wohnen sollten und müssen sich besser auf diese Gruppe einstellen. Die älter werdende Gesellschaft muss mehr als Chance denn als Risiko verstanden werden.

Einladung und Rückmeldung:

Impressum: Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnungswesen, Tel.: 0228/328866, e-mail: b.ingenkamp@freenet.de
Bernhard von Grünberg, MdL, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Tel.: 0228/ 9695273, e-mail: bernhard@von-gruenberg.de